



Finanzminister Magnus Brunner mit dem „Budgetziegel“.

APA

hen sollte, dauert es Jahre, bis sich strukturelle Änderungen im Budget niederschlagen, beim Pensionssystem sogar besonders lange. Eine neue Regierung wird aber auch investieren wollen. Früher konnten sich Finanzminister durch Nicht-Valorisierung und kalte Progression von Budget zu Budget hanteln. Das geht nicht mehr. Auch Badelt sagt: „Die Abschaffung der kalten Progression erfüllt mich eher mit Sorge.“ Weniger aus prinzipiellen als aus realpolitischen Überlegungen.

Es ist nicht die Momentaufnahme, sondern die Perspektive, die Badelt Sorgen bereitet. Denn auch im Jahr 2006 mussten für Pensionen und Zinszahlungen bereits knapp 40 Prozent der Einnahmen aufgewendet werden. Nur damals war das Zinsniveau sehr hoch. „Wir haben uns alle an die niedrigen Zinsen gewöhnt“, so Badelt.

Gemessen an den Staatseinnahmen ist der Zinsdienst nach der Finanzkrise von einem Sechstel auf ein Zwanzigstel geschrumpft. Von Jahr zu Jahr fand der Finanzminister oder die Finanzministerin dadurch Spielräume vor, die naturgemäß schnell gefüllt wurden. Da jedes Jahr aber ein Teil der Schulden refinanziert werden muss und der Leitzins derzeit höher ist als 2006, ist klar, wohin die Reise wieder gehen wird – und vor welcher großen Herausforderung die kommende Bundesregierung steht.

fällige Sprünge bei Pensionen oftmals vor Wahlen. Badelt ortet generell „keine ernsthafte Diskussion“, wie man das Budget nachhaltig in den Griff bekommt.

Expertin Schratzenstaller sieht angesichts des Finanzrahmens und aufgrund diverser Beschlüsse in jüngerer Vergangenheit einen „verstärkten Druck für Strukturreformen“. Zwei dieser Maßnahmen sind die Indexierung von Sozial- und Familienleistungen sowie die automatisierte Abgeltung der kalten Progression. Beides wurde seit Jahren gefordert, ist isoliert auch wenig umstritten, hat aber eben auch eine fiskalische Kehrseite.

Denn selbst wenn die nächste Regierung vor lauter Reformier- und Umsetzungskraft sprü-

BUNDESLÄNDER DAGEGEN

Geplanter Hausarzt-Facharzt in der Kritik

Die Umsetzung einer von der Ärzteschaft lang gehegten Forderung nach einer Facharzt-ausbildung für Allgemeinmedizin hat in den Bundesländern Befürchtungen ausgelöst, dass sich der Ärztemangel kurzfristig intensivieren könnte. Eigentlich sollte dadurch der Hausarztberuf aufgewertet

und dem wachsenden Problem von vakanten Kassenstellen entgegengewirkt werden. Durch den Facharzt wird aber die Ausbildungszeit auf fünf Jahre verlängert. Die Steiermark begrüßte zwar den Entwurf prinzipiell, der Zeitpunkt der Einführung solle aber überdacht werden.

ÜBERRASCHENDE EINIGUNG

Anreize für Arbeiten in der Pension

Beiträge werden teilweise gestrichen, mehr Bonus für späteren Pensionsantritt.

Die Regierung hat sich auf ein Paket für „längeres Arbeiten“ geeinigt, wobei die Grünen der Präsentation fernblieben. ÖVP-Sozialsprecher August Wöginger präsentierte deshalb mit Seniorenbund-Chefin Ingrid Korosec die geplanten Neuregelungen, die im November per Initiativantrag ins Parlament eingebracht werden sollen. Sie sollen Anreize bringen, später in Pension zu gehen sowie in der Pension weiterzuarbeiten.

Dem Thema widmete sich die Koalition seit mehr als einem halben Jahr. Streitpunkt war die finanzielle Förderung von arbeitenden Pensionisten. Die ÖVP wollte deren Beiträge zur Pensionsversicherung gestrichen sehen, die Grünen befürchteten dadurch negative Folgen für ältere, aber noch nicht pensionierte Beschäftigte – weil diese dann den Betrieben deutlich teurer kämen. Der Kompromiss: Bis zur doppelten Geringfügigkeit (circa 1040 Euro) entfallen nun diese Beiträge, wobei der Bund der Pensionsversicherungsanstalt die Abgänge kompensiert. Diese Maßnahme wird vorerst temporär eingeführt und soll 2025 evaluiert werden.

Beschlossen wurde auch die Erhöhung des Bonus für die Herauszögerung des Pensionsantritts. Wer über das Regelalter hinaus tätig ist, ohne die Pension in Anspruch zu nehmen, erhielt bisher 4,2 Prozent Bonus pro Jahr, dies wird nun auf 5,1 Prozent erhöht. Die ÖVP rechnet vor: Für eine Pension von 2200 Euro bedeutet dies ein höheres Lebenspensionseinkommen von gut 20.000 Euro, wenn drei Jahre länger gearbeitet wird.

Zudem will die Regierung eine verbesserte Information von Personen vor ihrem Pensionsantritt gesetzlich verankern. Hier sehen die Grünen einen großen Hebel für die Anhebung des Pensionsalters. „Viele Menschen wissen gar nicht, wie viel zusätzliche Pension sie erhalten, wenn sie ein oder zwei Jahre später in Pension gehen“, heißt es aus dem Sozialministerium.

Den Neos, aber auch der Wirtschaftskammer sind die Maßnahmen zu wenig. „Wir hätten uns einen Entfall aller Abgaben beim Weiterarbeiten nach dem Erreichen des Pensionsalters gewünscht“, sagte WKÖ-Generalsekretär Karlheinz Kopf.



ÖVP-Klubobmann August Wöginger war eine Besserstellung für arbeitende Pensionisten wichtig

APA/HELMUT FOHRINGER